

Energiewende atomkraftfreies
Schwaben e.V.

Raimund Kamm, Luitpoldstr. 26, 86157
Augsburg, T.: 0821-541936 (F -541946)
Kamm@gmx.de

>trittinleistungsvergrößerung.doc Seitenz.: 2 11.2.02<

EwaS, Raimund Kamm Luitpoldstr. 26, 86157 Augsburg

**Herrn Bundesminister für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Jürgen Trittin MdB
Alexanderplatz 6
10178 Berlin**

E-Mail vorab: [REDACTED]

*Leistungsvergrößerung des AKW Gundremmingen
Unser Schreiben v. 30.1.2000, Ihre Antwort v. 29.2.00*

Guten Tag Herr Minister Trittin,

unsere Initiative hat Anfang November 1999 öffentlich gemacht, daß Deutschlands größtes Kernkraftwerk, das in unserer Nachbarschaft gelegene AKW Gundremmingen, vergrößert werden soll.

Mehrfach haben wir dann darauf gedrungen, daß wenigstens das Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird, wie es das Atomgesetz bzw. die AtVfV vorsehen, aber nach Meinung des Bayerischen Umweltministeriums in diesem Fall nicht zwingend vorschreiben. Dabei hat die Bayerische Genehmigungsbehörde immer wieder ausgeführt, diese Verweigerung der Öffentlichkeitsbeteiligung sei „auch von der Bundesaufsicht nicht beanstandet worden.“ Dies ist empörend, denn die Bedingung für diesen Öffentlichkeitsausschluss, daß keine „nachteiligen Auswirkungen für Dritte“ zu „besorgen“ seien (§ 4 AtVfV) ist nicht gegeben. **Warum greifen Sie, Herr Minister, nicht endlich bundesaufsichtlich ein?**

Auf unseren Brief vom 30.1.00, in dem wir viele Fragen nach denkbaren Auswirkungen und Problemen der beantragten Leistungssteigerung stellten, haben Sie geantwortet, daß Sie das Genehmigungsverfahren im Rahmen der Bundesaufsicht intensiv verfolgen würden und die Landesbehörde mit einer Genehmigungsdauer von über einem Jahr rechne.

Und es kam, wie von uns gedacht. Nachdem wir jetzt, nahezu 2 ½ Jahre nach Antragstellung, öffentlich gefragt haben, wie der Stand des Genehmigungsverfahrens ist, erfahren wir nur über Umwege und nur mit verschleiern den Ausführungen, daß der Genehmigungsantrag wegen großer Schwierigkeiten bei der Erbringung der notwendigen Sicherheitsnachweise für die Druckerhöhung zurückgezogen worden ist. Ein neuer Antrag für eine geringere Leistungsvergrößerung sei gestellt worden.

Diese gravierende Verletzung der Informationspflichten gegenüber uns BürgerInnen sind ein Übel und sind verdachterweckend!

Jetzt müssen der Öffentlichkeit Fragen beantwortet werden:

Welche Probleme sind offenkundig geworden? Welche Erkenntnisse liegen jetzt bezüglich der von uns im Schreiben vom 30.1.00 aufgeworfenen Fragen vor? Wie soll die geringere Vergrößerung der thermischen Reaktorleistung erzielt werden, wenn wegen der erkannten Probleme auf eine Druckerhöhung verzichtet werden muß?

Und wann wird endlich bundesaufsichtlich klar gestellt, daß eine Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich ist?

Freundliche Grüße

Raimund Kamm, Vereinsvorsitzender

8
Energiewende atomkraftfreies
Schwaben e.V.

Raimund Kamm, Luitpoldstr. 26, 86157
Augsburg, T.: 0821-541936 (F -541946)

UMTRITTLDOC Seit.: 2 30. Januar 2000

EWaS e.V. Raimund Kamm, Luitpoldstr. 26, 86157 Augsburg

**Herrn Bundesminister für Umwelt
Naturschutz und Reaktorsicherheit
Jürgen Trittin
Kennedyallee 5
53175 Berlin Bonn**

*Beantragte Leistungssteigerung im AKW Gundremmingen
Bitte, die Reaktor-Sicherheitskommission dies prüfen zu lassen*

Guten Tag Herr Minister Trittin,

im September '99 haben die Betreiber des nordschwäbischen Atomkraftwerks Gundremmingen beantragt, ihre beiden Siedewasserblöcke B und C durch Erhöhung des Betriebsdrucks in der Leistung um jeweils 6,8 Prozent zu steigern. Hierdurch würde die Kapazität von Deutschlands größtem Kernkraftwerk um immerhin brutto 212 Megawatt erweitert, fast soviel wie der alte Block A mit 250 MW hatte.

Es ist sehr befremdlich, daß, obwohl vor 1 1/2 Jahren beim Castor-Skandal das "gläserne Kraftwerk" versprochen wurde, die Öffentlichkeit über diesen beabsichtigten Ausbau weder durch die Betreiber noch die staatlichen Genehmigungsbehörden des Landes Bayern informiert wurde.

Gravierende Umweltschutz- und Sicherheitsfragen stellen sich, z.B.:

- Wie ändert sich das Verhalten der beiden Reaktoren gerade auch in Ausnahmesituationen durch die beantragte Erhöhung des Reaktordrucks von 69,6 auf 72,6 bar?
- Welche neuen technischen Entwicklungen erlauben es, die Anlage mit einem um 3 bar erhöhten Druck zu fahren?

- Inwieweit wurde bei der beantragten Reaktoränderung berücksichtigt, daß diese Anlage über 15 Jahre alt ist, durch die Temperaturen, den Druck und gerade auch durch die Neutronenstrahlung abgenutzt ist und so im Jahre 1998 erstmals ursprünglich nicht erwartete wanddurchdringende Risse im Hauptkreislauf des Blockes C festgestellt *bekannt* wurden?
- Ist zu erwarten, daß die regelmäßig in die Umwelt abgeleiteten radioaktiven Emissionen hierdurch steigen?
- In welchen Siedewasserreaktoren wurden bisher solche Leistungserhöhungen beantragt, genehmigt und umgesetzt? Welche Erfahrungen hat man dort gemacht?
- Welche Bedeutung hat für die beantragte Leistungserhöhung, daß in den Siedewasserblöcken B und C der Einsatz plutoniumhaltiger MOX-Brennelemente in großem Umfang genehmigt ist (was einmalig in Deutschland ist) und t.w. praktiziert wird?
- Wie wird durch die beantragte Leistungserhöhung die Anreicherung, der Abbrand und die Verweilzeit der Brennelemente im Reaktor verändert? Welche Auswirkungen hat dies auf die geplante Zwischenlagerung dieser Brennelemente im Zwischenlager Ahaus und die geplante Endlagerung im beantragten aber sehr umstrittenen Endlager Gorleben?

Wir bitten Sie, die Reaktor-Sicherheitskommission prüfen zu lassen, wie quantitativ und qualitativ das Risiko dieser beiden Siedewasserreaktoren infolge der Betriebsdruckerhöhung schätzungsweise steigen wird.

Freundliche Grüße

Raimund Kamm, Vorsitzender



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Jürgen Trittin
Bundesminister
Mitglied des Bundestages

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, 11055 Berlin

Energiewende atomkraftfreies
Schwaben e.V.
Herrn R. Kamm
Luitpoldstraße 26

86157 Augsburg

Alexanderplatz 6, 10178 Berlin

☎ +49 - (0)1888 - 305 - [REDACTED]

☎ +49 - (0)1888 - 305 - [REDACTED]



Berlin, 14. Feb. 02.

Sehr geehrter Herr Kamm,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Februar 2002.

Sie sehen in dem anhängigen Genehmigungsverfahren zur Leistungserhöhung der beiden Blöcke des Atomkraftwerks Gundremmingen, Block B und C, eine Steigerung des bestehenden Gefährdungspotentials, worauf Sie insbesondere in Ihrem Schreiben vom 30. Januar 2000 eingegangen sind. Sie fordern mich daher auf, bundesaufsichtlich eine Öffentlichkeitsbeteiligung zu verlangen und verweisen auf mein Schreiben vom 29. Februar 2000, in dem ich Ihnen mitgeteilt habe, dass ich das Genehmigungsverfahren im Rahmen der Bundesaufsicht intensiv verfolgen werde.

BMU wurde mit Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen vom 25. Oktober 1999 erstmals über die geplante Erhöhung der thermischen Reaktorleistung für die beiden Blöcke B und C des Atomkraftwerks Gundremmingen in Kenntnis gesetzt. Der diesbezügliche Antrag der RWE Energie AG nach § 7 Atomgesetz vom 14. September 1999 wurde BMU übermittelt. Danach war vorgesehen, die thermische Reaktorleistung um 6,8% von 3840 MW auf 4100 MW durch Ausnutzung der technischen Reserven und Anhebung des Betriebsdruckes zu erhöhen.

Mit BMU-Schreiben vom 5. November 1999 wurde daraufhin die bayerische Landesbehörde gebeten, die Genehmigung für diese Maßnahme nicht ohne vorhergehende Zustimmung des BMU zu erteilen und BMU den vorgesehenen Bescheid zur bundesaufsichtlichen Prüfung vorab zuzusenden. Des weiteren wurde die Landesbehörde um Mitteilung gebeten, ob sie

📍 Haltestelle Alexanderplatz
S-Bahn: 3, 5, 7, 9, 75 U-Bahn: 2, 5, 8
Tram: 2, 3, 4, 5, 6
Bus: 100, 142, 148, 157, 200, 257, 348

Wie?
eine zusätzliche Bekanntmachung nach der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung (AtVfV) für erforderlich hält. Die Landesbehörde hat mit Schreiben vom 18. November 1999 bestätigt, dass sie der bundesaufsichtlichen Bitte nachkommen wird. Eine zusätzliche Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß AtVfV hielt sie nicht für erforderlich, da sie die beantragte Genehmigung nur erteilen will, wenn nachteilige Auswirkungen für Dritte ausgeschlossen werden können. Dazu ist festzustellen: Grundsätzlich ist bei wesentlichen Änderungen von Atomkraftwerken nach § 4 Abs. 4 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 2 der Atomrechtlichen Verfahrensverordnung eine Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich. Dies gilt ausnahmsweise dann nicht, wenn keine nachteiligen Auswirkungen für Dritte zu besorgen sind. Dazu muss insbesondere bei der behördlichen Prüfung der Antragsunterlagen erkennbar sein, dass diese nachteiligen Auswirkungen ausgeschlossen werden. Die bayerische Landesbehörde wurde deshalb mit Schreiben vom 14. Mai 2001 um Bericht zu ihrer Entscheidung hinsichtlich dieser Frage gebeten. Die Landesbehörde teilte BMU mit, dass sie damit rechnet, dem BMU bis Herbst 2001 die erforderlichen Unterlagen zur bundesaufsichtlichen Prüfung vorlegen zu können. Auf der Basis dieser Unterlagen sollte dann entschieden werden, ob der von der bayerischen Landesbehörde beabsichtigte Verzicht auf eine Öffentlichkeitsbeteiligung bundesaufsichtlich zu beanstanden ist. Danach sollten die sicherheitsrelevanten Aspekte in der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) beraten werden.

Mit Schreiben vom 10. Januar 2002 hat die bayerische Landesbehörde BMU jedoch mitgeteilt, dass der Betreiber seinen Antrag zur Leistungssteigerung von 1999 zurückgenommen hat und einen neuen Antrag mit verminderter thermischer Leistungserhöhung für die beiden Blöcke des Atomkraftwerks Gundremmingen im Dezember 2001 beantragt hat. Nach diesem Antrag ist jetzt eine Leistungserhöhung um 4,2% von 3840 MW auf 4000 MW vorgesehen. Damit wird das Genehmigungsverfahren für den Antrag des Betreibers von 1999 nicht weiter verfolgt.

BMU liegen keine Informationen vor, weshalb der Betreiber seinen ursprünglichen Antrag zurückgezogen hat. Für den neuen Antrag ist ein neues Genehmigungsverfahren durchzuführen. Hierbei stellt sich die Frage nach der Öffentlichkeitsbeteiligung erneut. BMU wird hierzu die Landesbehörde um Bericht bitten.

Auch bei diesem Verfahren werde ich gewährleisten, dass es nicht zu einer Risikoerhöhung für die betroffene Bevölkerung kommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

